

## **Wir sind bereit!**

### **SD federführend gegen Personenfreizügigkeit**

Bernhard Hess, e. Nationalrat und SD-Geschäftsführer, Bern

**Wir von den Schweizer Demokraten (SD) kündigen bereits jetzt an, federführend das Doppel-Referendum gegen die Verlängerung des Abkommens mit der Europäischen Union über den freien Personenverkehr und gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien zu lancieren. Wegen des grossen, berechtigten Unmutes über die massive Zunahme von Arbeitskräften aus dem EU-Raum und dem daraus resultierenden Lohn- und Sozialdruck sind wir fest davon überzeugt, dieses Referendum gewinnen zu können.**

Anlässlich der a. o. Delegiertenversammlung vom 15. Dezember 2007 in Bern-Bümpliz wurde die SD-Parteileitung beauftragt, die Referendumsfrage zu prüfen. Aufgrund der zeitlichen Konstellation empfiehlt die SD-Parteileitung der Basis, ein Doppelreferendum sowohl gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien wie auch gegen die generelle Weiterführung des freien Personenverkehrs mit der EU zu ergreifen. Das letzte Wort hat dann allerdings wiederum die SD-Delegiertenversammlung am 31. Mai 2008, wobei davon ausgegangen werden kann, dass die SD dieses Doppel-Referendum beschliessen wird. Bereits im Jahre 2000 haben wir federführend den Referendumskampf gegen die Bilateralen EU-Verträge I und im Jahre 2005 gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten geführt.

### **Neue Deutsche Welle**

Das bilaterale Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr wirkt sich mehr und mehr auf die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung aus. So ist insbesondere ein massiver Zuwachs bei den Angehörigen der 15 alten EU-Staaten zu beobachten. Den höchsten Zuwachs verzeichneten im vergangenen Jahr die Staatsangehörigen aus Deutschland (+21'991), gefolgt von denjenigen aus Portugal (+6'083) und aus Frankreich (+3'445) und aus den neuen EU-Ländern Polen (+1'136). Die Zuwanderung entspricht dem Trend der letzten fünf Jahre. So hat die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz per 31. August 2007 einen neuen Höchststand von 1'541'931 Personen erreicht. Der Zuwachs ist grösstenteils auf die Zuwanderung aus der EU zurückzuführen. Einmal mehr wirkte sich laut Bundesamt für Migration (BFM) das bilaterale Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr für unser übervölkertes Land negativ aus. So kamen 2007 insgesamt aus den 15 alten EU-Staaten 3,2 Prozent mehr Personen in die Schweiz als 2006. Für das vergangene Jahr liegen noch keine offiziellen Zahlen vor, doch muss davon ausgegangen werden, dass sich dieser unselige Trend noch fortsetzen wird, insbesondere weil sich die wirtschaftliche und soziale Situation in unserem nördlichen Nachbarland nicht verbessert hat.

## **SD-Vorstoss für Schutzklausel abgelehnt**

Im vergangenen Jahr ist erstmals die volle Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten eingeführt worden. Im Rahmen einer Schutzklausel könnte die Schweiz aber wieder Kontingente einführen, wenn die Einwanderung das Mittel der letzten drei Jahre um mehr als 10 Prozent überschreitet. Der Schreiber forderte in seiner Motion «Zuwanderungskontingente dank Anwendung der Schutzklausel» im Nationalrat. Die Schweiz könnte die Einwanderung während der zwei folgenden Jahre auf das Mittel der letzten drei Jahre plus 5 Prozent beschränken. Diese Wiedereinführung von Begrenzungsmaßnahmen erfolgt temporär einseitig und ohne die Gefahr von Retorsionsmassnahmen. Erwartungsgemäss lehnte der Bundesrat diesen SD-Vorstoss ab.

## **Zuwanderung an allen Fronten**

Auch im Bereich der nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Kurzaufenthalter mit Aufenthaltsdauer von mehr als 4 und weniger als 12 Monate; Dienstleistungserbringer mit Aufenthaltsdauer von bis zu vier Monaten) ist eine massive Zuwanderung aus den 15 alten EU-Staaten zu beobachten. Wertet man den starken Zuwachs der ständigen und nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung sowie die Zuwanderung der Erwerbstätigen aus den 15 alten EU-Staaten auf den Arbeitsmarkt, ist eine Notbremse mittels Referendum gegen die Personenfreizügigkeit zwingend.

## **Lohndruck aus dem EU-Raum**

Zweifellos ist der Zuwanderungsdruck aus der EU seit der Aufhebung der Kontingente ab 1. Juni 2007 massiv gestiegen. Wie bereits erwähnt, wandern besonders gut qualifizierte Deutsche dauerhaft in die Schweiz ein. Während die Zuwanderung in den 1960er bis 1990er Jahre vor allem Minderqualifizierte aus Italien, Portugal, Spanien und später der Türkei und dem Balkan betraf, finden wir die Deutschen heute an allen Fronten; in Banken und Versicherungen, in Chefetagen, in Spitälern, Universitäten, auf Baustellen usw. Fakt ist: Im Jahre 2006 kamen 24'700 Deutsche zu uns, pro Monat sind dies rund 2'000 Zuwanderer, 21 Prozent mehr als im Jahr 2005/06. Derzeit leben mehr als 170'000 Deutsche in der Schweiz; die Tendenz ist steigend. Sie arbeiten oft für weniger Lohn und verdrängen zunehmend die Einheimischen vom Arbeitsmarkt. Ein leitender Angestellter der Zürcher Kantonalbank (ZKB) bestätigte mir, dass in den letzten beiden Jahren in diesem Bankinstitut fast ausnahmslos Personen aus unserem nördlichen Nachbarland eingestellt wurden, was für die einheimischen Bankangestellten mit einem spürbaren Lohn- und Sozialdruck verbunden ist. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Deutsche Menschen sind mir durchaus herzlich willkommen. Persönlich habe ich viele Freunde in Deutschland und Österreich. Ich bin mir bewusst, dass uns Deutschschweizern die Germanen kulturell und von ihrer ganzen Wesensart am Nächsten stehen und selbstverständlich ziehe ich ein Zusammenleben dieser kulturell nahe verwandten Menschen jeder anderen Einwanderungsgruppe vor. Es ist die Massierung der

Zuwanderung aus unserem nördlichen Nachbarland, die mir Kopfzerbrechen bereitet. Der Ordnung halber muss zudem erwähnt werden, dass im Bereich der schlecht qualifizierten Arbeitskräfte vor allem Personen aus Portugal in beträchtlicher Zahl in die Schweiz kommen.

### **Anstieg der Arbeitslosenquote**

Im internationalen Vergleich verfügt die Schweiz über eine relativ tiefe Arbeitslosenquote. Trotzdem: Zwischen 2001 und 2007 hat sie sich in der Schweiz mehr als verdoppelt. Nur in den Niederlanden stieg die Quote noch stärker an. Dies ganz im Unterschied zu vielen anderen Industrieländern, in welchen die Arbeitslosigkeit teilweise rückläufig war, so etwa in Finnland, Italien, Griechenland, Spanien oder in Japan. In anderen Ländern (Deutschland, Frankreich, USA) stieg die Arbeitslosigkeit schwach bis mittelstark an. Während sich aber die Arbeitslosenrate in der Schweiz mehr als verdoppelt hat (Faktor 2.24), nahm sie in unseren Nachbarländern in den vergangenen Jahren nur noch schwach zu (1.07 in F, 1.27 in D) oder ging sogar zurück (0.86 in I).

### **Arbeitslosenversicherung unter Druck**

Die Konsequenz des hohen Anstiegs der Arbeitslosenquote im Verhältnis zum Ausland ist eine Arbeitslosenversicherung, welche immer grössere Finanzierungsprobleme hat. 2004 betrug das Defizit satte 2,2 Milliarden Franken, 2005 immer noch 1,8 Milliarden und auch 2006 – trotz guter Konjunktur noch 1,054 Milliarden Franken. Bekanntlich müssen diese Defizite durch Darlehen des Bundes gedeckt werden, welche sich direkt auf die Verschuldung der Schweiz auswirken. Ein Blick auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung im Ausland zeigt deutlich, dass die Schweiz für Zuwanderer attraktiv ist. Gemäss OECD erhielt ein Einverdienerehepaar mit zwei Kindern in der Schweiz im Falle einer Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr 81 % des vorherigen Einkommens vergütet (nach Steuern). In der Tschechei erhielt das gleiche Paar lediglich 61 %, in der Slowakei 67 % und in Polen gar nur 54 %. In Irland käme das angesprochene Einverdienerehepaar mit zwei Kindern auch lediglich 58 %. Bei Betrachtung dieser Attraktivitätsunterschiede der Schweizer Sozialwerke gegenüber dem Ausland erstaunt es nicht, dass schon heute 43,1 % der Arbeitslosen in der Schweiz ausländischen Ursprungs sind.

### **IV gefährdet**

Von der Personenfreizügigkeit ist aber nicht nur die Arbeitslosenversicherung betroffen, auch die IV und die Sozialhilfe spüren die Auswirkungen. Ausländer beziehen über 40 Prozent der IV-Leistungen und fast drei Mal so häufig Sozialhilfe wie Schweizer. Eine Hauptschwäche der Personenfreizügigkeit ist: Wer künftig in der Schweiz arbeitet, kann ab sofort seine Familie in die Schweiz holen, ohne für sie finanziell aufkommen zu müssen. Gemäss Statistik gehen im Kanton Zürich bereits heute 40 % der Sozialhilfe an Ausländer.

## **Verharmloste Konsequenzen**

Während im Vorfeld der Abstimmung über die Bilateralen Verträge I in der Studie von Andreas Frick und Frank Schmidbauer noch einigermaßen objektiv über die Mehrkosten für die Arbeitslosenversicherung diskutiert wurde, spricht heute niemand mehr über die negativen Auswirkungen: Die ALV müsse mit jährlichen Mehrkosten in der Höhe von 400 bis 600 Millionen Franken rechnen. Die effektiven Kosten variieren je nach konjunktureller Entwicklung. In der anschliessenden Botschaft stützte sich der Bundesrat 1999 auf die Ergebnisse der Studie und schätzte die jährlichen Mehrkosten während den ersten sieben Vertragsjahre auf 210 Millionen Franken und nach Ablauf der Kontingentsregelung ab 2007 auf 370 bis 600 Millionen Franken pro Jahr. Von seinen damaligen Feststellungen will der Bundesrat heute nichts mehr wissen und spricht beschönigend von «keinen erheblichen Kostensteigerungen zu Lasten der Arbeitslosenversicherung».

## **AHV-Lebensarbeitszeitmodell verunmöglicht**

Nach dem Scheitern der letzten AHV-Revision berät das Parlament dieses Jahr wieder über die Renten. Persönlich würde ich das Modell der Lebensarbeitszeit unterstützen. Jede Person könnte nach einer bestimmten Anzahl Berufs- und Beitrittsjahre in Rente gehen. Der freie Personenverkehr macht dieses Modell aber unpraktikabel. Bei Immigranten aus der EU ist es teilweise unmöglich festzustellen, wie lange sie in ihrem Herkunftsland in die Vorsorgekasse einbezahlt haben.

## **Lohn- und Sozialdruck zwingt SD zur Notbremse**

Die Personenfreizügigkeit (und die jahrzehntelange verfehlte Einwanderungs-, Ausländer- und Einbürgerungspolitik) bringt zwangsläufig **Lohn- und Sozialdruck, tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, mehr Sozialhilfeempfänger und gefährdete Sozialwerke**. Schon heute verschlingt die Finanzierung des Sozialstaates 30 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes (BIP). Durch die Personenfreizügigkeit wird diese Situation noch massiv verschärft. Deshalb ist ein Doppel-Referendum der Schweizer Demokraten (SD) sowohl gegen die definitive Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommen mit allen EU-Staaten wie auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ein zentrales Gebot der Stunde.

Zudem wollen wir nicht vergessen:

**«Der Wachstumsstopp ist für die überbevölkerte Schweiz langfristig von überlebenswichtiger Bedeutung.»**